

EU-Liberalismus und Sozialdemokratie

Hans-Jürgen Bieling

The Maastricht Treaty had decreed that inflation, and not unemployment was the main enemy. This was now fully accepted by the Labour Party and by all other European socialist parties. A national road to social democracy – or even modernization – was no longer possible. Here lies the authentic neo-revisionism of the 1990s.

Sassoon 1996: 739

1. Einleitung

Die programmatische und strategische Re-definition sozialdemokratischer Politik ist kein gänzlich neues Phänomen. Schon früher hat es Phasen der politisch konzeptionellen Neuorientierung gegeben, in denen die Werte und Zielsetzungen der sozialistischen Bewegung an die politökonomischen Kontextbedingungen der jeweiligen Zeit angepasst wurden. Mit Donald Sassoon (1996) lassen sich drei größere Wellen identifizieren: Die erste Welle des Revisionismus war von Eduard Bernstein bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts theoretisch vorbereitet worden und bestimmte nach dem Ersten Weltkrieg dann auch die politische Praxis. Im Kern ging es dabei darum, sich in Abgrenzung von bolschewistischen Revolutionsvorstellungen mit den Formen der liberalen bzw. repräsentativen Demokratie zu arrangieren. Die zweite Welle des Revisionismus nach dem Zweiten Weltkrieg ging dann noch einen Schritt weiter. Sie umschloss auch eine veränderte, d. h. positive Bewertung der kapitalistischen Grundstrukturen – wie z.B. des freien Güterverkehrs, des Privateigentums an Produktionsmitteln, einer effektiven Wettbewerbsordnung etc. –, sofern diese wohlfahrtsstaatlich ergänzt werden. Der Neo-Revisionismus der achtziger und neunziger Jahre stellt nun genau diese Instrumente der wohlfahrtsstaatlichen und keynesianischen Korrektur kapitalistischer Marktbeziehungen in Frage (vgl. Rynser 2000). Für die neu-sozialdemokratischen Konzeptionen führt kein Weg daran vorbei, die wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Strategieelemente mit den Erfordernissen der ökonomischen Globalisierung und europäischen Integration – d. h. der Marktöffnung, Wettbewerbsförderung und monetären Stabilität – in Übereinstimmung zu bringen.

So betrachtet, markiert die jüngste Revisionismus-Welle eine fundamentale Transformation sozialliberaler Ordnungs- und Politikentwürfe. Fast überall, wenn auch nicht gleichzeitig, wurden die Kernelemente des *alten Sozialliberalismus* – die »Mixed Economy«, die keynesianische Vollbeschäftigungspolitik, die Ausweitung sozialer Bürgerrechte – durch eine *neu-sozialliberale Politikkonzeption* ersetzt, die sich unter dem Primat einer international verbesserten Wettbewerbsfähigkeit auf eine »sozialverträgliche« Reorganisation der Arbeitsmärkte, Sozialsysteme und auch

der öffentlichen Dienstleistungs- und Infrastruktur konzentrierte. Die Ursachen für diesen Prozess waren zweifelsohne vielschichtig. Maßgeblich dürfte jedoch gewesen sein, dass sich neben sozioökonomischen Problemen und Krisenphänomenen – verlangsamtes Wirtschaftswachstum, Massenerwerbslosigkeit, Staatsverschuldung, demographischer Wandel etc. – im Kontext weltökonomischer Strukturveränderungen zugleich auch die Parameter für die nationale und europäische Wirtschafts-, Finanz-, Währungs- und Sozialpolitik verändert haben (2). Hiermit ist nicht gesagt, dass der weltökonomische und gesellschaftliche Formationsbruch einer eindimensionalen Entwicklungslogik folgt. Er vollzieht sich vielmehr über Trial and Error Prozesse, konkurrierende Politikangebote und soziale Konflikte. Dies gilt auch für den Prozess der europäischen Integration, der nach einer Phase der neoliberalen bzw. neokonservativen Hegemonie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre vorübergehend im Zeichen neu-sozialdemokratischer Gestaltungs-Konzeptionen stand (3.). Inzwischen müssen all diese Bestrebungen jedoch in dem Maße als gescheitert gelten, wie sie auf eine progressive Fortentwicklung der europäischen Integration und die Erneuerung der europäischen Sozialmodelle abzielten. Die Grenzen und Widersprüche des neuen Sozialliberalismus treten damit deutlicher hervor. Politisch artikuliert sich dies einerseits in der Verallgemeinerung autoritär-liberaler Konzeptionen, andererseits aber auch in den Keimformen einer neuen transnationalen Protestbewegung (4.).

2. Die politische Ökonomie des neuen Sozialliberalismus

Der alte Sozialliberalismus der Nachkriegsjahrzehnte hatte noch für die Überzeugung gestanden, dass die kapitalistische Wettbewerbsdynamik durch marktkorrigierende Elemente der wohlfahrtsstaatlichen Regulation und keynesianischen Intervention flankiert und eingeeicht werden muss, um eine wachstums- und beschäftigungsintensive Entwicklung zu ermöglichen (vgl. Anderson 1994). Die verschiedenen Varianten der nationalen Infrastruktur-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik wurden dabei durch ein internationales Ordnungsregime abgestützt, das den nationalen Regierungen im Sinne eines »embedded liberalism« (Ruggie 1982) weitreichende Gestaltungsspielräume eröffnete. Im Rahmen des GATT erfolgte ein allmählicher Abbau von Zöllen und Handelsschranken (GATT-Runden), indessen das Bretton Woods Regime eine relativ umfassende politische Kontrolle der Währungsbeziehungen und des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs ermöglichte (vgl. Helleiner 1994). Der Prozess der europäischen Integration fügte sich in dieses Arrangement. Die Liberalisierung und Integration der Kapital- und Kreditmärkte spielte praktisch keine Rolle, und die Errichtung des gemeinsamen Marktes sollte in erster Linie mit dazu beitragen, durch ein erhöhtes Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerungen die nationalen Entwicklungspfade zu stabilisieren und abzusichern.

Mit dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems (1973) und dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen begann dann die Erosion dieser Entwicklungskonstellation des »embedded liberalism«. Nachfolgend beschleunigte sich nicht nur der Abbau von Handelsbarrieren, sondern auch die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs. Strukturell und institutionell gefördert wurde dieser Prozess durch ein neues währungs- und finanzpolitisches (De-)Regulierungsre-

gime, das von Peter Gowan (1999) angesichts der dominanten Rolle US-amerikanischer Wirtschafts- und Finanzmarktakteure als Dollar Wall Street Regime (DWSR) bezeichnet wurde. Das DWSR ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass der Wall Street-Treasury Complex, d. h. die transnationalen Industrie-, Dienstleistungs- und Finanzkonzerne zusammen mit dem Wirtschafts- und Finanzministerium sowie dem IWF und der Weltbank (vgl. Bhagwati 1998), auf die weltweite Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume für das transnationale Kapital drängt und die Weltwährungsrolle des US-Dollar bewusst als Mittel bzw. als Waffe einsetzt, um durch die Ausnutzung von Seignorage-Vorteilen die Reorganisation des US-amerikanischen Kapitalismus zu stimulieren. Die Beschleunigung der europäischen Integration folgt seit den achtziger Jahren insofern den Vorgaben des DWSR, als durch den EG-Binnenmarkt nicht nur die interne Integration der Waren-, Kapital- und Arbeitsmärkte, sondern auch – im Kontext der GATT- und WTO-Verhandlungen – die externe Liberalisierung dieser Märkte gefördert wird. Der EG/EU erwachsen mit der Binnenmarktintegration und der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zwar auch Möglichkeiten, sich dem DWSR zu entziehen und eine eigenständige und selbstbestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu verfolgen. Der institutionalisierte Liberalisierungs-Bias des EU-Regimes und der Einfluss global orientierter transnationaler Industrie- und Finanzunternehmen (vgl. van Apeldoorn 2000) verhindern bislang jedoch, dass diese Möglichkeiten wirksam ausgeschöpft werden.

Unter den Bedingungen global liberalisierter Handels- und Finanzbeziehungen ist die zentrale Funktion der europäischen Integration, nämlich durch die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und die partielle Vergemeinschaftung von Staatsfunktionen der unterschiedlichen Reichweite des ökonomischen und politischen Funktionsraumes entgegenzuwirken (vgl. Statz 1989: 16), somit grundlegend neu definiert worden. Die wiederholten Vertragsrevisionen und Kompetenzübertragungen haben die supranationale Ebene zwar unverkennbar aufgewertet, ohne jedoch progressiven – d. h. demokratisch und sozial orientierten – Strategiekonzeptionen neuen Raum zu verschaffen. Das Gegenteil ist der Fall. Über die Konstitutionalisierung markoliberaler Wettbewerbsimperative und monetaristischer Austeritätswänge wurden alternative Entwicklungsoptionen substanziell eingengt. Im Kern hat sich EU damit von einem *Stabilisierungsregime*, das die nationalen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungsmodelle absichert, zu einem *Modernisierungsregime* entwickelt, das die nationalen Reorganisationsprozesse nach Maßgabe neoliberaler Deregulierungs- und Flexibilisierungskonzepte zusätzlich vorantreibt:

- Dies zeigt sich erstens darin, dass der »disziplinierende Neoliberalismus« nicht nur die globalen, sondern auch die europäischen Reorganisationsprozesse maßgeblich strukturiert. Über die europäische Markt- und Währungsintegration, d. h. den EG-Binnenmarkt, die WWU und die Finanzmarktintegration (vgl. Bieling 2003), hat sich zum einen die Dynamik der kompetitiven Deregulierung intensiviert. Zum anderen wurde ein restriktives makroökonomisches Regime etabliert. Beides hat zur Folge, dass der öffentliche Sektor, die nationalen Arbeitsmärkte, die sozialen Sicherungssysteme und auch die industriellen Beziehungen einem erhöhten Wettbewerbs- und Anpassungsdruck nach Maßgabe des transnationalen Kapitals unterworfen werden.
- Vertraglich, institutionell und regulativ eingerahmt und abgestützt wird dieser

Prozess zweitens durch einen »neuen Konstitutionalismus«. Dieser zielt vor allem darauf, private Eigentumsrechte, Investitionen, Finanzanlagen und Marktfreiheiten durch inter- bzw. supranationale Arrangements abzusichern und dem Einfluss demokratisch legitimierter Kontrollorgane zu entziehen (vgl. Gill 1998: 5). Im Zuge der Vertragsrevisionen sind in diesem Sinne eine europäische Wirtschaftsverfassung und ein »komplex institutionalisiertes Gefüge autonomisierter Regierungstätigkeit« (Hueglin 1997: 95) entstanden, deren Regeln und Kriterien in erster Linie darauf abzielen, die neoliberale Restrukturierung voranzutreiben.

- Diese Tendenzen werden drittens schließlich im Bereich der Zivilgesellschaft und öffentlichen Kommunikation durch eine neue »Kultur des Marktes« konsensual unterfüttert (vgl. Gill 1995). Dies verdeutlichen nicht nur der Siegeszug des besitzindividualistischen Denkens, das Leitbild der marktvermittelten Nutzenmaximierung und der Glauben in die produktiven Effekte einer umfassenden Marktkonkurrenz, sondern auch die negative Grundhaltung gegenüber allen Formen des sozialen Ausgleichs und der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Bei all diesen Tendenzen handelt es sich freilich nicht um die alleinigen, sondern nur um die bestimmenden Momente des europäischen Modernisierungsregimes. Dessen Entstehung vermittelte sich über eine Reihe ausgehandelter Arrangements, die als Kompromisse zwischen konkurrierenden gesellschaftlichen Kräften und Ordnungsvorstellungen immer auch Konzessionen an die gegebenen ökonomischen, sozialen und politischen Kontextbedingungen beinhalteten (vgl. Drainville 1994: 16). Mehr noch, in den neunziger Jahren wurden die restriktiven Vorgaben der forcierten neoliberalen Reorganisationsdynamik angesichts der negativen sozialen Effekte – Massenerwerbslosigkeit, Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau – durch öffentliche Proteste und Streikbewegungen wiederholt thematisiert und in Frage gestellt. Die sozialdemokratischen Parteien griffen diese Kritik programmatisch auf, indem sie der rigiden neoliberalen Deregulierungsstrategie eine sozial ausgewogene, korporatistisch gestützte bzw. netzwerkbasierte Modernisierungskonzeption unter Einschluss neo-keynesianischer und kommunitaristischer Programmelemente gegenüber stellten (vgl. Aust 2000; Bieling 2001). Mit den Wahlerfolgen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre – Ende 1998 wurden 13 der 15 EU-Staaten von Mitte-Links-Koalitionen regiert – schien damit die Möglichkeit für einen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Kurzwechsel gegeben. Ungeachtet einiger Vorstöße, blieb diese Möglichkeit letztlich jedoch ungenutzt. Der Rücktritt von Oskar Lafontaine im Frühjahr 1999 signalisierte schon früh das Scheitern euro-keynesianischer Bestrebungen, indessen die neu-sozialliberale Konzeption des »Dritten Wegs« für den Fortgang des Integrationsprozesses vorübergehend an Bedeutung gewann (vgl. Dräger 2002).

Die Konzeption des »Dritten Wegs« propagiert nicht nur neue Formen des Regierens jenseits von »Laissez faire« und »Big Government«, sondern markiert vor allem einen Bruch mit traditionellen sozialdemokratischen Werten und Leitbildern. Ungeachtet aller Sozial-Rhetorik werden diese in wichtigen Punkten ausgehöhlt bzw. neu definiert (vgl. Giddens 1999; Mahnkopf 2000): Chancengleichheit wird durch soziale Gerechtigkeit – bei Akzeptanz wachsender Ungleichheiten – ersetzt; das Konzept der (Klassen-)Solidarität transformiert sich in das der (Wettbewerbs-)Gemeinschaft; an die Stelle des Wohlfahrtsstaats tritt das Leitbild des »aktivierenden Staates«; und auch die makro-ökonomische Vollbeschäftigungs-

konzeption weicht dem Ziel eines arbeitsmarkt- und (aus-)bildungspolitischen Employability-Ansatzes. All dies lässt bereits erkennen, dass sich der neue Sozialliberalismus strategisch wie alltagspolitisch mit den Vorgaben der neoliberalen Agenda bzw. des »Washington Consensus« – der marktschaffenden Liberalisierung und Deregulierung, der Auflösung der Mixed Economy durch Privatisierung und dem Primat monetärer Stabilität – grundsätzlich arrangiert hat (vgl. Matzner 2003). Hiermit ist nicht gesagt, dass es keine politischen Reibungen mehr gibt. Diese ergeben sich jedoch kaum noch daraus, dass mit Blick auf kapitalistische Krisenprozesse und Formen des Marktversagens über Formen einer marktkorrigierenden Staatsintervention nachgedacht wird. Im Vordergrund steht vielmehr die Frage, welche politisch-institutionellen und (sozial-)regulativen Elemente mit einer dynamischen kapitalistischen Ökonomie überhaupt noch vereinbar sind, ohne deren Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen.

3. Der »dritte Weg« für Europa: Wettbewerbsfähigkeit plus soziale Kohäsion

Letztlich läuft die Konzeption des »Dritten Wegs« darauf hinaus, die tradierten sozialdemokratischen Strategieelemente im Kontext einer transnationalisierten Weltökonomie wettbewerbspolitisch einzupassen. Die dominanten Tendenzen der globalisierten Weltökonomie werden hierdurch nicht substantiell hinterfragt, sondern allenfalls modifiziert. Gegen die Implikationen des disziplinierenden Neoliberalismus, d.h. wirtschaftliche Krisenprozesse, die anhaltend hohe Massenerwerbslosigkeit und Formen sozialer Ausgrenzung, bringt der neue Sozialliberalismus – inspiriert durch einen angebotsseitig verengten Neo-Keynesianismus – die Vorteile einer abgestimmten Geld-, Finanz- und Tarifpolitik und einer aktiven Infrastruktur- und Industriepolitik ins Spiel (vgl. Teague 1999). Gegen die Legitimationsdefizite des neuen Konstitutionalismus setzt er auf Formen des transnationalen Netzwerkregierens und wettbewerbskorporatistische Arrangements, um die europäischen und nationalen Modernisierungsprozesse organisationspolitisch abzustützen (vgl. Kohler-Koch/Eising 1999; Rhodes 1998). Und gegen die desintegrativen Wirkungen der Kultur des Marktes – manche sprechen sogar vom »Imperialismus« bzw. der »Tyrannei« des Marktes (vgl. Bellah et al. 1992) – bedient sich die neue Sozialdemokratie vielfach kommunitaristischer Ideen, um Restbestände des gesellschaftlichen Gemeinnsinns zu revitalisieren.

Die aufgeführten politisch-programmatischen Akzentuierungen beziehen sich in erster Linie auf die nationale Ebene. Sie haben zugleich jedoch auch wichtige europapolitischen Implikationen. Diese verdichten sich in der übergreifenden Zielsetzung, durch ein Neu-Arrangement von Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Kohäsion den Prozess der kapitalistischen Modernisierung auf eine mittel- und langfristig tragfähige Grundlage zu stellen. Was hierunter konkret zu verstehen ist, lässt sich anhand der zentralen Vorhaben illustrieren, durch die der Integrationsprozess im Sinne der neu-sozialdemokratischen »Dritte Weg«-Konzeption modifiziert wurde. Hierfür stehen zum einen die europäische Beschäftigungsstrategie und zum anderen die Lissabon-Strategie und die mit ihr propagierte »offene Methode der Koordination«.

Die Beschäftigungsstrategie rückte bereits auf die europäische Agenda, bevor

die sozialdemokratischen Parteien in der EU zu einem signifikanten Einflussfaktor wurden. Den Ausgangspunkt bildeten das Delors-Weißbuch zu »Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung« von 1993 (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft 1993) und der Essener »Beschäftigungs-Gipfel« von 1994. Im Prinzip waren damit schon früh die zentralen Eckpunkte einer – primär arbeitsmarktpolitisch definierten – europäischen Beschäftigungsstrategie umrissen worden. Eine größere Verbindlichkeit und programmatische Zuspitzung erlangte die gemeinsame Beschäftigungsstrategie jedoch erst, nachdem sozialdemokratisch geführte Mitte-Links-Regierungen über eine deutliche Mehrheit im Europäischen Rat verfügten (vgl. Tidow 1998). In einem ersten Schritt gelang es ihnen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Europäischen Kommission (vgl. Johansson 1999), ein europäisches Beschäftigungskapitel im EU-Vertrag von Amsterdam zu verankern, bevor dann auf den Gipfeln in Luxemburg (1997), Cardiff (1998) und Köln (1999) die weitere Konkretisierung und Operationalisierung der Beschäftigungsstrategie vereinbart wurden.

Diese beruht seitdem vor allem auf drei Prozessen (vgl. Platzer 1999: 188f): auf dem *Luxemburg-Prozess*, der nach Maßgabe übergeordneter Leitlinien – eine verbesserte Beschäftigungsfähigkeit, die Entwicklung von Unternehmergeist, eine größere Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten («Flexicurity») und die Förderung von Chancengleichheit – und gestützt auf ein Benchmarking- und Monitoring-Verfahren die nationalen Aktionspläne intergouvernemental koordiniert; auf dem *Cardiff-Prozess*, der durch die Reform des Dienstleistungssektors und die Optimierung des Binnenmarktes, d.h. durch marktliberale Struktur-reformen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Ökonomie zu verbessern bestrebt ist; und auf dem *Köln-Prozess*, der eine makroökonomische Koordination zwischen EZB, ECOFIN (erweitert durch den Rat für Arbeit und Soziales), der Europäischen Kommission und den Sozialpartnern institutionalisiert, um einen geld-, finanz- und lohnpolitisch spannungsfreien und wachstumsfreundlichen Policy Mix zu gewährleisten. Die aufgeführten Säulen der europäischen Beschäftigungsstrategie sind dabei alles andere als gleichgewichtig. Während die Ergebnisse der makroökonomischen Koordination intransparent und unverbindlich bleiben, wird der Druck, die Struktur-reformen und die arbeitsmarktpolitische Flexibilisierung umzusetzen, kontinuierlich erhöht.

Dieses Ungleichgewicht kennzeichnet schließlich auch das zweite Kernprojekt neu-sozialdemokratischer Europapolitik, die Lissabon-Strategie. Auf dem Gipfel in Lissabon wurde die ehrgeizige Zielsetzung proklamiert, die Europäische Union bis zum Jahr 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen« (Europäischer Rat 2000). Ganz allgemein wollte man dieses Ziel dadurch erreichen, dass der Übergang in die Informationsgesellschaft bzw. in die »New Economy« vorangetrieben, das europäische Gesellschaftsmodell modernisiert und auf der Grundlage eines makroökonomischen Policy-Mixes ein wachstums- und beschäftigungsfreundliches Investitionsklima geschaffen wird. Die Lissabon-Strategie knüpfte damit unmittelbar an die europäische Beschäftigungsstrategie an, plazierte deren Kernelemente zugleich jedoch in einem weiter gefassten Kontext. Dies gilt erstens für die Bestrebungen,

durch eine forcierte Integration der Finanzmärkte – durch Aktionspläne zu Finanzdienstleistungen und Risikokapital – eine finanz-getriebene Investitions- und Innovationsdynamik zu initiieren. Zweitens wurde eine weitergehende Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungsversorgung anvisiert, die über den Transport- und Telekommunikationssektor hinaus auch die Gas- und Stromversorgung, die Postdienste und den Luftverkehr einem intensivierten Wettbewerbsdruck aussetzt. Und drittens rückte mit der Reform der sozialen Sicherungssysteme ein Bereich auf die europäische Agenda, der bis dahin – zumindest formal – nahezu ausschließlich der Gestaltungskompetenz nationalstaatlicher Akteure unterlag.

Die handlungsleitende Maxime der Lissabon-Strategie wie zuvor bereits der Beschäftigungsstrategie besteht vordergründig darin, eine neue Balance zwischen individuellen Rechten und Pflichten gegenüber der Gesellschaft zu etablieren. Genauer betrachtet, geht es – inhaltlich wie verfahrenstechnisch – jedoch in erster Linie darum, den marktgetriebenen Wettbewerbsdruck für die Reform der öffentlichen Infrastruktur und der sozialen Sicherungssysteme produktiv aufzunehmen, d. h. durch kostengünstigere und partiell individualisierte soziale Sicherungsleistungen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Ökonomie zu verbessern. Der Modernisierungsprozess stützt sich damit auf die marktbasiertere Konkurrenz der nationalen Regimestrukturen, wird darüber hinaus aber auch durch europäische Foren und Aktionspläne koordiniert. Die Lissabon-Strategie gab gleichsam den Startschuss dafür, die zuvor auf die Finanz- und Beschäftigungspolitik beschränkten Koordinationsverfahren – nun allerdings weniger verbindlich als »offene Methode der Koordination«, d.h. unter Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure – auf andere Politikfelder auszuweiten. Hierzu zählen unter anderem die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Reform der Alterssicherung wie auch die Ausbildungspolitik, der Übergang in die Informationsgesellschaft oder die Forschungspolitik (vgl. Hodson/Maher 2001).

Sowohl die europäische Beschäftigungsstrategie als auch die Lissabon-Strategie lassen sich als Versuch begreifen, die Konzeption des »Dritten Wegs« in der EU zu verallgemeinern. Die Euphorie, mit der ein Großteil der europäischen Sozialdemokratie diesen Prozess begleitet hat, ist inzwischen jedoch verflogen. Auf der einen Seite verschärft sich die Kritik neoliberaler Kräfte, denen die marktliberalen Strukturereformen nicht zügig genug voran geht. Auf der anderen Seite entzieht ein Großteil der Bevölkerung, der die Reform-Agenda des »Dritten Wegs« vorübergehend unterstützt hatte, selbst in den sog. »Beschäftigungswunder«-Ländern wie den Niederlanden oder Dänemark den sozialdemokratischen Parteien das Vertrauen. Die Gründe hierfür sind vielschichtig, liegen aber auf der Hand:

- Erstens ist es den sozialdemokratisch geführten Regierungen nicht gelungen, durch die Instrumente des sozialen Ausgleichs – die Ausweitung von Mindeststandards, den sozialen Dialog, die beschäftigungs- und sozialpolitische Koordination sowie den Ausbau der europäischen Infrastruktur – ein wirksames Korrektiv gegen die Dynamik der neoliberalen Disziplinierung zu entwickeln. Im Gegenteil, sie haben diese Disziplinierung zum Teil sogar weiter voran getrieben und auf eine euro-keynesianische Flankierung der Marktintegration bewusst verzichtet. Nun fehlen ihnen die Ressourcen und Instrumente, der Rezession und ihren negativen Effekten wirksam entgegen zu treten. Die Folgen

sind bekannt: steigende Arbeitslosenzahlen und Sozialabgaben in Verbindung mit einer zunehmenden Unsicherheit und sozialen Prekarisierung.

- Zweitens sind auch die Bestrebungen, durch Formen des Netzwerk-Regierens und wettbewerbskorporatistische Arrangements den neuen Konstitutionalismus, d.h. die vertragliche und regulative Verankerung privater Eigentumsrechte und Marktfreiheiten jenseits demokratischer Kontrollmöglichkeiten, auf eine breitere Legitimationsgrundlage zu stellen, wenig erfolgreich gewesen. Die nationalen wettbewerbskorporatistischen Arrangements erweisen sich als zunehmend fragil und brüchig, während die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure in die europäische Governance-Struktur sehr selektiv strukturiert ist, d. h. transnationale Wirtschaftsinteressen privilegiert, und ansonsten über Formen einer schwachen – oft nur symbolischen – Partizipation nicht hinaus kommt (vgl. Bieling/Schulten 2002).
- Eine ähnlich negative Bilanz kennzeichnet drittens schließlich auch den Versuch, durch den Verweis auf kommunitaristische Gemeinschaftsideale – starke Werte und Identitäten, reziproke Verantwortlichkeiten und (zivil-)gesellschaftliches Engagement – der expansiven Kultur des Marktes und der Erosion gesellschaftlicher Solidarbeziehungen diskursiv entgegen zu treten. Ohne eine substanzielle materielle Unterfütterung waren die kommunitaristischen Gemeinschaftsappelle rasch verbraucht. Dies gilt umso mehr, als sie für viele Sozialdemokraten ohnehin nur ein instrumentelles, d.h. im Wahlkampf vorteilhaftes, rhetorisches Beiwerk darstellten.

Das Scheitern des neuen Sozialliberalismus resultiert demzufolge in erster Linie aus dem Unvermögen, dem disziplinierenden Neoliberalismus, dem neuen Konstitutionalismus und der Kultur des Marktes wirksam entgegenzutreten und einen alternativen Integrations- und gesellschaftlichen Entwicklungspfad im Interesse der von ihnen repräsentierten Bevölkerungsgruppen zu etablieren. Statt für ein sozio-ökonomisches Alternativprojekt zu mobilisieren, wurden weitreichende Konzessionen an den primär marktliberal definierten europäischen Ordnungsrahmen gemacht. Mehr noch, durch die Intensivierung der Marktintegration – durch die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Finanzmarktintegration – wurden die neoliberalen Modernisierungsimperative in der EU weiter bestärkt. Die stockende Konjunktur hat inzwischen jedoch deutlich werden lassen, dass der Versuch, durch eine markt- und wettbewerbszentrierte Reformpolitik zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu initiieren und gleichzeitig die soziale Kohäsion zu stärken, weder überzeugend noch konsistent ist.

4. Zwischen autoritär-liberalen Politikvorstellungen und sozialem Protest

Letztlich ist es daher wenig verwunderlich, dass die »Dritte Weg«-Rhetorik nur vorübergehend für Begeisterung zu sorgen vermochte. Für den Fortgang der europäischen Integration ist sie kaum mehr von Bedeutung, und auf der nationalen Ebene beschränken sich die noch bestehenden Mitte-Links-Regierungen auf ein defensives Muddling Through. Offenbar klammert sich die neue Sozialdemokratie an die Hoffnung, im Zuge einer konjunkturellen Erholung enttäuschte Wählergruppen zurückgewinnen zu können. Ob dies gelingt, ist jedoch mehr als fraglich.

Die zentralen Scharniere und Verbindungselemente zwischen den widerstreben- den Zielen einer marktliberalen Modernisierung und gestärkten sozialen Kohäsion – die beschäftigungspolitisch geförderte Arbeitsmarkt-Inklusion («Employability») und die Neu-Justicierung von Flexibilität und sozialer Sicherheit («Flexicurity») – scheinen zu stark beschädigt, um noch einmal aufgepoliert werden zu können. Zudem wächst der öffentliche Druck für eine politische Kurskorrektur.

Auf der einen Seite haben die bürgerlichen Parteien, zum Teil gestützt auf rechtspopulistische Kräfte, wieder Terrain zurück erobert. In 9 der 15 EU-Staaten – darunter Frankreich, Italien, Portugal, die Niederlande und Dänemark – führen sie inzwischen wieder die Regierungsgeschäfte, und auch in Deutschland, wo ihnen der Wahlerfolg versagt geblieben ist, gelang es ihnen, die öffentliche Meinungsführerschaft zurück zu gewinnen. Die europapolitischen Konsequenzen dieser Kräfteverschiebung sind bislang noch eher diffus und widersprüchlich. Grundsätzlich dürfte sich im Kontext der anstehenden Vertragsreform die Neigung verstärken, die nationalen Kompetenzen und Kontrollmöglichkeiten zu stärken. Gleichzeitig gibt es jedoch auch einige Anzeichen für eine selektive Vertiefung der europäischen Integration (vgl. Dräger 2002: 12): Wirtschafts- und sozialpolitisch zeichnet sich – gestützt auf die neue Allianz von Blair, Aznar und Berlusconi – eine *marktliberale Akzentuierung* der Lissabon-Strategie ab, um über die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte die erweiterte europäische Ökonomie zu dynamisieren. Was die Innen- und Sicherheitspolitik anbetrifft, so mehren sich mit Verweis auf die Gefahr terroristischer Anschläge die Anstrengungen, die Elemente einer *repressiven europäischen Staatlichkeit* – Zuwanderungskontrolle und die Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitsdiensten – auszubauen.

Für die kommenden Jahre sind diese Entwicklungen vermutlich politikbestimmend. Zugleich haben sich auf der einen Seite aber auch Keimformen einer transnationalen Protestbewegung formiert, die sich zumindest punktuell diesem autoritär-liberalen Kurs entgegen stemmt. Die Protestbewegung ist dabei teils kapitalismuskritisch, teils traditionell sozialdemokratisch orientiert. Sie konzentriert sich auf den Kampf um die Verteidigung sozialer Rechte, wendet sich darüber hinaus aber auch gegen alle Formen einer imperialen Großmachtspolitik. Diese beiden Programmpunkte reichen natürlich nicht dazu aus, die innere Heterogenität der Bewegung zu überwinden. National spezifische gewerkschaftliche Abwehrkämpfe – gegen den Sozialabbau und gegen die Privatisierung – und Formen einer transnationalen Massenmobilisierung – im Kontext von EU-Gipfeln oder des Europäischen Sozialforums – stehen daher oft recht unverbunden nebeneinander. Ungeachtet aller Anstrengungen, den sozial orientierten Protest in der EU miteinander zu vernetzen (vgl. Dräger 2001), verfügt die Bewegung über kein gemeinsames europapolitisches Projekt. Eine alternative, d.h. progressive, demokratische und ausstrahlungsfähige Agenda ist mithin nicht in Sicht. Im Kampf gegen die voranschreitende Liberalisierung und Deregulierung, die neuen Formen einer imperialen Machtpolitik und die Ausweitung staatlicher Repressionselemente ist dies zunächst ein Zeichen politisch-organisatorischer Schwäche. Vielleicht kann die innere Heterogenität der Protestbewegungen aber auch dazu genutzt werden, die pluralen Quellen des politischen Widerstands auszuschöpfen (vgl. Gill 2000), um ihn auf eine breite gesellschaftliche Grundlage zu stellen.

Literatur

- Anderson, Perry (1994): Introduction; in: Anderson, Perry/ Camiller, Patrick (Hrsg.), *Mapping the West European Left* (London; New York), 1–22.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists; in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.), *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie* (Münster), 189–221.
- Aust, Andreas (2000): »Dritter Weg« oder »Eurokeynesianismus«? Zur Entwicklung der Europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Amsterdamer Vertrag; in: *Österreichische Zeitschrift für Politik* 29(3), 269–283.
- Bhagwati, Jagdish (1998): The Capital Myth; in: *Foreign Affairs* 77(3), 7–12.
- Bellah, Robert N. u.a. (1992): Gegen die Tyrannei des Marktes; in: Zahlmann, Christa (Hrsg.), *Kommunitarismus in der Diskussion. Eine streitbare Einführung* (Berlin), 57–73.
- Bieling, Hans-Jürgen (2001): Transnationale Vergesellschaftung und die »neue Sozialdemokratie«; in: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.), *Ein neuer Kapitalismus* (Hamburg), 218–240.
- Bieling, Hans-Jürgen/Schulzen, Thorsten (2002): Reorganisation der industriellen Beziehungen im europäischen Mehrebenensystem; in: *Zeitschrift für Industrielle Beziehungen* 9(3), 245–273.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Social Forces in the Making of the New European Economy: The Case of Financial Market Integration; in: *New Political Economy* 8(2), 203–224.
- Dräger, Klaus (2001): Gemeinsam oder getrennt? Alternative Netzwerke zur Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik in der EU; in: »Z« – *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 12(4), 101–111.
- Dräger, Klaus (2002): Das Scheitern des Mitte-Links-Projekts in Europa; in: *Widerspruch* 22(2), 5–16.
- Drainville, André (1994): International political economy in the age of open Marxism; in: *Review of International Political Economy*, 1(1), 105–132.
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Lissabon 23. und 24. März. Pressemitteilung SN 100/00.
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Edition Zweite Moderne, hrsg. von Ulrich Beck (Frankfurt a.M.).
- Gill, Stephen (1995): Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism; in: *Millennium: Journal of International Studies*, 24(3), 339–423.
- Gill, Stephen (1998): European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe; in: *New Political Economy*, 3(1), 5–26.
- Gill, Stephen (2000): Toward a Postmodern Prince? The Battle in Seattle as a Moment in the New Politics of Globalisation; in: *Millennium: Journal of International Studies* 29(1), 131–140.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance* (London).
- Helleiner, Eric (1994): *States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s* (Ithaka; London).
- Hodson, Dermot/Maher, Imelda (2001): The Open Method as a New Mode of Governance: The Case of Soft Economic Policy Co-ordination; in: *Journal of Common Market Studies* 39(4), 719–746.
- Hueglin, Thomas O. (1997): Regieren in Europa als universalistisches Projekt; in: Klaus Dieter Wolf (Hrsg.), *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union* (Baden-Baden), 91–107.
- Johansson, Karl Magnus (1999): Tracing the Employment Title in the Amsterdam Treaty: Uncovering Transnational Coalitions; in: *Journal of European Public Policy* 6(1), 85–101.
- Kohler-Koch, Beate/Eising, Rainer (Hrsg.) (1999): *The Transformation of Governance in the European Union* (London; New York), 14–35.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1993): *Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und*

- Beschäftigung, Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Weißbuch (Luxemburg).
- Mahnkopf, Birgit (2000): Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit; in: *Prokla* 39(4), 489–526.
- Matzner, Egon (2003): Exodus ans rechte Ufer. Vom Fehlen einer konstruktiven Utopie oder: der Niedergang der Sozialdemokratie; in: *Frankfurter Rundschau* vom 22. Februar, 7.
- Platzer, Hans-Wolfgang (1999): Die EU-Sozial- und Beschäftigungspolitik nach Amsterdam: Koordinierte und verhandelte Europäisierung?; in: *Integration*, 22(3), 176–190.
- Rhodes, Martin (1998): Globalization, Labour Markets and Welfare States: A Future of »Competitive Corporatism«?; in: Martin Rhodes/Yves Mény (Hrsg.), *The Future of European Welfare: A New Social Contract?* (London), 178–203.
- Ruggie, John Gerard (1982): International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order; in: *International Organisation*, 36(2), 379–416.
- Ryner, Magnus (2000): Der neue Diskurs über den »Dritten Weg«: Zur Dynamik des sozialdemokratischen Neoliberalismus; in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.), *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie* (Münster), 243–275.
- Sassoon, Donald (1996): *One Hundred Years of Socialism. The West European Left in the Twentieth Century* (New York).
- Statz, Albert (1989): Die Entwicklung der europäischen Integration – ein Problemaufriß; in: Deppe, Frank/Huffschmid, Jörg/Weiner, Klaus-Peter (Eds.), *1992 – Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft* (Köln), 13–38.
- Teague, Paul (1999): *Economic Citizenship in the European Union. Employment relations in the new Europe* (London; New York).
- Tidow, Stefan (1998): Europäische Beschäftigungspolitik. Die Entstehung eines neuen Politikfeldes: Ursachen, Hintergründe und Verlauf des politischen Prozesses, FEG-Arbeitspapier Nr. 18 (Marburg).